

## DAS FRISTENTTRANSFORMATIONSPROBLEM

Sobald die Fristentransformation mittelfristig angewandt wird, fügt die fristentransformierende Geschäftsbank dem Geschftsbankensystem erheblichen Schaden zu, weil nicht die Guthaben der Kunden die Basis der allgemeinen Kreditvergabe darstellen, sondern die unbelasteten notenbankfhigen Sicherheiten, die potentiell zur weiteren Kreditvergabe zur Verfügung stehen.

Dazu bedarf es einer ausführlicheren Erklärung anhand eines Extrembeispiels.



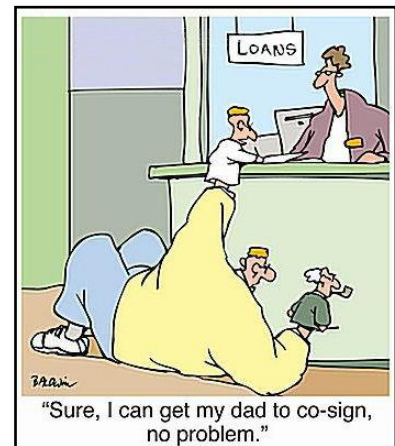
Man nehme an, Nichtbank A verfüge über eine notenbankfhige Sicherheit (NS), mit der A bei Geschäftsbank 1 einen Kredit für 5 Jahre zu erhalten gedenkt. Die von der Zentralbank vorgenommene Bewertung dieser NS decke die Höhe des aufgenommenen Kredits bei dieser Geschäftsbank vollkommen ab, **so dass sich die Geschäftsbank durch Belastung dieser Sicherheit in voller Höhe bei der Zentralbank refinanzieren kann** und A den vollen Kreditbetrag in Bargeld auszahlen kann, was A auch in Anspruch nimmt.

~~Nun zahlt A mit diesem Bargeld bei Nichtbank B irgendeine Verbindlichkeit. Daraufhin legt B dieses Bargeld langfristig bei Geschäftsbank 2 an, bspw. befristet auf 10 Jahre.~~

~~Laut Fristentransformation steht der Geschäftsbank 2 nun in voller Höhe dieser Einzahlung entsprechend Zentralbankengeld für die Laufzeit der vereinbarten Befristung zur Verfügung, abzüglich der jeweils geltenden Mindestreserveregelung, die aber in diesem Beispiel zumindest für die folgenden 8 Jahre 0% betrage.~~

~~Es kommt nun Nichtbank C zu Geschäftsbank 2 und möchte einen Kredit über 5 Jahre aufnehmen, obwohl C nicht über ausreichend NS verfügt. Gehen wir extremerweise davon aus, C verfüge über gar keine NS. Die Geschäftsbank 2 wird nun dennoch im Sinne der Fristentransformation ihr frei verfügbares Zentralbankengeld einsetzen, C diesen Kredit gewähren und ggf. bar auszahlen. Dafür nimmt sie gewisse Risikoanalysen vor und wird entsprechend höhere Kreditzinsen veranschlagen.~~

~~C bezahlt nun seinerseits mit diesem Geld eine Verbindlichkeit bei A, wodurch A seine ausstehende Verbindlichkeit bei Geschäftsbank 1 tilgen und seine eingesetzte NS wieder entlasten kann. Dadurch wird diese NS der Geschäftsbank 1 entzogen und damit der GB die Möglichkeit der weiteren Kreditvergabe auf Basis dieser NS eingeschränkt.~~



Die Situation stellt sich nun wie folgt dar:

- A hat keine offenen Forderungen oder Verbindlichkeiten und verfügt über eine unbelastete NS
- B hat offenen Forderungen bei Geschäftsbank 2 zum Termin  $t$
- C hat offene Verbindlichkeiten bei Geschäftsbank 2 zum Termin  $t+x$
- Geschäftsbank 1 hat keine Forderungen oder Verbindlichkeiten und verfügt über keine NS
- Geschäftsbank 2 hat offene Forderungen und Verbindlichkeiten und ebenfalls keine NS

~~Weder Geschäftsbank 1, noch Geschäftsbank 2 sind in der Lage, Kredite an Kreditnehmer ohne NS aus eigenen Mitteln zu vergeben, da sie sich mangels NS nicht refinanzieren können. Dies bedeutet, dass sich Geschäftsbank 2 auf direktem Weg in die Insolvenz befindet, solange keine Nichtbank, die über NS verfügt, bereit ist, diese NS zur Kreditaufnahme zu belasten und das daraus entstandene Zentralbankengeld bei Geschäftsbank 2 landet, um zunächst in Periode 8 die Mindestreserveregelung für B zu erfüllen und daraufhin in Periode 10 die Kontenauflsung von B zu gewährleisten.~~

Dieses Beispiel verdeutlicht in extremer Art und Weise die Gefahren, die eine fristentransformationsgerechte Geschftsbankenpolitik mit sich bringt.

In der Realität werden diese Gefahren durch mehrere Faktoren gemildert, aber keineswegs beseitigt.

Diese Faktoren sind vor allem:

- die vorwiegende Belastung unbefristeter Guthaben von Nichtbanken auf Geschäftsbankkonten
- die bankeninterne Verrechnung von Kundenbuchungen
- die zwischen verschiedenen Geschäftsbanken vorgenommene Verrechnung der innerhalb weniger Tage aufgelaufenen Beträge von Kundenüberweisungen (sog. „Clearing“)

Durch diese Faktoren wird einerseits das für die Geschäftsbanken tatsächlich notwendige, vorzuhaltende Zentralbankengeld auf ein Mindestmaß beschränkt (Mindestreserve + Überschussreserve) und ihnen dadurch andererseits eine breitere, riskantere Kreditvergabemöglichkeit ermöglicht.

Man kann schätzungsweise davon ausgehen, dass im ESZB das Verhältnis zwischen zur Refinanzierung eingesetzter NS und sofort fälliger Kundenguthaben 1:5 und das Verhältnis zu allen mindestreservepflichtigen Kundenguthaben 1:10 beträgt.<sup>1</sup>

Da mir keinerlei Statistiken zu sämtlichen existierenden Kundenguthaben bzw. in Summe ausgereicherter Kundenkredite bekannt sind, lässt sich nur mutmaßen, wie sich das Verhältnis da niederschlägt.

Es wäre aber noch zu bemerken, dass unklar ist, inwiefern die Geschäftsbanken ihre Möglichkeiten der Refinanzierung tatsächlich ausnutzen, doch in Anbetracht der in den letzten Monaten offenkundig gewordenen Alimentierung der Geschäftsbankenliquidität durch die Zentralbanken muss davon ausgegangen werden, dass die Geschäftsbanken alle freien Kapazitäten zur Refinanzierung einsetzen, um ihre Gewinnmargen zu maximieren.

Abschließend möchte ich festhalten, dass es natürlich Aufgabe der Geschäftsbanken ist, auch die Nichtbanken mit Liquidität zu versorgen, die nicht über ausreichend notenbankfähige Sicherheiten verfügen, indem sie deren Bonität entsprechend prüfen und Haftungskriterien vorlegen. Es sollte jedoch zu bedenken geben, dass diese Geschäftsgrundlage durch den damit unmittelbar verbundenen Prozess der Fristentransformation insofern zweifelhaft erscheint, dass eine stets wachsende<sup>2</sup> Anzahl von NS belastet werden muss, um die zur Fristentransformation verwendeten Guthaben decken bzw. gewährleisten zu können. Selbst wenn man theoretisch davon ausgeht, dass sich die zu buchenden Zinsen ideal verteilen (oder nicht anfallen), so muss zumindest eine konstante Anzahl von NS belastet werden, um Bankeninsolvenzen zu vermeiden.

Um eine derartige Fristentransformationspolitik langfristig durchzuhalten, bedürfte es entsprechender politischer Maßnahmen, die für eine gleichmäßige Verteilung aller unbelasteter NS innerhalb des Publikums sorgen müsse, so dass die Kreditfähigkeit und damit die Zahlungsfähigkeit des Publikums dauerhaft gewährleistet bliebe. Es bestehen indes erhebliche Zweifel, ob eine derartige Politik überhaupt umzusetzen ist. Die Alternative einer Aufweichung der bisher festgelegten NS Standards führte indes immer zu einem massiven Vertrauensverlust in die Währung, der bei fortschreitender Entwicklung stets in einer Währungsreform gipfelte.

*Mario SCHIESCHNEK  
Burgstädt, den 30.07.2010*

**Nachtrag 30.07.2010:** Wie ich soeben erfahren habe, darf die ZB dies überhaupt nicht, womit sämtliche hier getroffenen Schlussfolgerungen hinfällig sind!

*Mario SCHIESCHNEK  
Burgstädt, den 30.07.2010*

<sup>1</sup> Monatsbericht der EZB Juli 2010, [http://www.bundesbank.de/download/ezb/monatsberichte/2010/201007\\_ezb\\_10h.pdf](http://www.bundesbank.de/download/ezb/monatsberichte/2010/201007_ezb_10h.pdf) [30.07.2010]. Der Bargeldumlauf im ESZB beträgt rund 810 Mrd. (Seite 5-6). M3 beträgt im ESZB rund 9365 Mrd. (Seite 5-12). Damit belaufen sich die Geschäftsbankenguthaben, die mit einer Mindestreserve von 2% abgedeckt sein müssen, auf etwa 8555 Mrd. und die zugehörige Mindestreserve auf 171 Mrd. Insgesamt refinanzierten sich die Geschäftsbanken also mit 981 Mrd. im ESZB, wahrscheinlich eher noch weniger, weil die Mindestreservevorschrift nur für bestimmte Stichtage gilt. Verglichen mit den Werten der täglich fälligen Einlagen (M1) in Höhe von rund 4645 Mrd. (täglich fällige Einlagen) ergibt das eine Quote von 21,1%, bezogen auf M3 10,5%.

<sup>2</sup> Kredit- und Guthabenzinsen wurden im vorliegenden Beispiel außer Acht gelassen.